

Coronapolitik (19. März 2020)

Volker von Prittwitz

Die gegenwärtige Corona-Politik entspricht dem polizeirechtlichen Muster der Gefahrenabwehr: Legitimiert durch eine Gefahrensituation, ziehen Polizei, Öffentliche Verwaltung und Staat erweiterte Handlungsmacht an sich – die Stunde der Exekutive und der Experten, der Exekutivorgane vertrauen.

Hierzu stellen sich folgende Fragen:

1. Rechtfertigt die Situation Vorgehen im Sinne staatlicher Gefahrenabwehr? Ja. Die Behörden sind sogar dazu verpflichtet, eine Epidemie möglichst früh und konsequent zu verhindern beziehungsweise bestmöglich zu bewältigen zu suchen. In Deutschland ist bisher zwar nur eine vergleichsweise geringe Zahl von Toten durch COVID 19 zu beklagen (31: 19. März/John-Hopkins-Universität) bei durchschnittlich 2500 Menschen, die jeden Tag sterben. Ein starker Anstieg der Zahl schwerer COVID 19-Fälle könnte aber die Krankenhaus-Kapazitäten übersteigen.
2. Gelten weiterhin die allgemeinen Bürgerrechte? Nach der Formel „*Gefahr im Verzug*“ können Behörden zwar zeitweise sachlich notwendige Entscheidungen ad hoc treffen. In einer Demokratie sind alle staatlichen Organe aber dennoch grundsätzlich weiter an geltendes Recht gebunden, und die Gesamtheit der Bürger bildet nach wie vor die letztliche Entscheidungsinstanz. Dazu muss eine freie und kritische Diskussion möglich bleiben – ein fundamentaler Unterschied zu totalitären Staaten wie China oder Iran.
3. Hat die Exekutive rasch genug im Sinne des Gesundheitsschutzes gehandelt? Nein: Die Bundesregierung, speziell Gesundheitsminister Spahn, hat viele Wochen gegebene Handlungsmöglichkeiten (Stopp von Einreisen aus Hochrisiko-Ländern, so China und Iran, zumindest aber zwingende Sicherheitsmaßnahmen (verpflichtende Quarantäne) nicht wahrgenommen. Chaos bei Gesundheits- und Verkehrsbehörden hat vielerorts (zum Beispiel München und Berlin) lange einen sinnvollen Umgang mit teilweise infizierten Rückreisenden verhindert (Ischgl, Flughafen-Bus-Systeme).
4. Dient das „Herunterfahren des öffentlichen Lebens“ dem Schutz vor Covid 19? Soweit hierdurch riskante Kontakte vermindert beziehungsweise verhindert werden: Ja. Maßnahmen, die Gesundheit und körperlich/psychische Abwehrkräfte schwächen, so eine allgemeine Ausgangssperre, wären aber erkennbar kontraproduktiv. Denn ausreichender Zugang zu Licht und Sonne und ausreichende Bewegung sind grundlegende Gesundheitsvoraussetzungen. Auch muss die Ökonomie bestmöglich aufrechterhalten werden, da ansonsten massive Folgeprobleme auch für den Gesundheitssektor eintreten würden.
5. Führt der Staat einen Krieg gegen COVID 19, wie es der französische Präsident Macron und nun auch Donald Trump proklamiert? Ein verfehltes Denkmuster; denn Krieg wird gegen einen bewusst agierenden Feind geführt – und mit Krieg verbinden sich Freund/Feind-Denken, Chaos, oft sinnlose Opfer (gerade junger Leute) und die Rechtfertigung von Lüge und Anti-Kommunikation; eine Virus-Epidemie dagegen bildet eine Herausforderung öffentlichen Handelns. Dazu sollte möglichst konsequent, rasch, umsichtig und transparent gehandelt werden.

6. Gibt es positive Alternativen? Ja: Einige asiatische Staaten, so vor allem Singapur, Taiwan, Hongkong und eingeschränkt Süd-Korea, haben die COVID 19-Krise verantwortungsvoller und intelligenter gemanagt als China und klüger, als es einige europäische Staaten (Italien, Spanien, Österreich, Deutschland) zurzeit versuchen. So wurde hier die Bedrohung, auch lernend aus der SARS-Epidemie von 2003, rasch offen thematisiert und zum Gegenstand energischen Handelns gemacht (Schließung der Grenzen zu China, strikte Quarantäne-Maßnahmen, striktes Tracking einzelner Fälle); andererseits wurden grundlegende Freiheiten, so die allgemeine Ausgangsfreiheit, weitgehend aufrechterhalten und selbstverantwortliches Handeln unterstützt.
7. Sind grundlegende Errungenschaften der zivilen Moderne (allgemeine Bürgerrechte, Freiheiten, Selbstverantwortung, Wohlstand) in Europa in Gefahr? Die Antwort hängt davon ab, wie sich Spitzenpolitiker/innen, Medien und wir alle verhalten: Steigern wir uns in totalitäre Denkmuster oder entwickeln wir zusammen Formen bürgerschaftlicher Gefahrenabwehr?